

Platz abbeck

Nr. 5, 14. Juli 2011

DIE LINKE.

FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Wir wollen schwimmen, nicht plantschen!

Gegen die drohende Schließung der Halenbäder in Weiden und Nippes haben sich am Wochenende 250 Menschen zur Wehr gesetzt. Auffällig viele Schulkinder machten auf die Wichtigkeit des Weidenbades für den Schwimmunterricht aufmerksam. Ratsmitglieder von SPD, Grünen, CDU und FDP trauten sich nicht, bei der Aktion Präsenz zu zeigen, da sich diese Parteien im Rat für die Schließung der Bäder in Nippes und Weiden einsetzen. So stieß das Bäderkonzept der Stadt im Sportausschuss vom 21.6.2011 außer bei der LINKEN auf allgemeinen Zuspruch. Die Lindenthaler Bezirksvertretung verabschiedete dagegen einstimmig eine Resolution, in der der Erhalt des Weidenbades gefordert wird.

DIE LINKE ist sich allerdings einig: Im Rat sowie in den Bezirksvertretungen setzt man sich für einen Erhalt der Bäder ein – und das nun schon viele Jahre. Ratsmitglied Claus Ludwig versicherte den Schwimmfreunde(innen) bei der Veranstaltung in Weiden, dass die LINKE weiterhin für den Erhalt kämpfen wird und schlug vor, gemeinsame stadtweite Aktionen zusammen mit den Nippeser(innen) vorzubereiten.

Gemeinsam mit den Initiativen in den Stadtteilen wurden schon 2007 Bäder vor der Schließung gerettet. Leider konnte nur ein Moratorium durchgesetzt werden und jetzt stehen die Bäder wieder vor dem Aus. Am 14. Oktober wird der Rat über den Bäderzielplan für 2011 bis 2015 entscheiden, der die Schließung der beiden Bäder im November 2011 vorschlägt und einen 1:1-Ersatz an Schwimmzeiten in den zum Teil neuen oder erweiterten Bädern Lentpark, Stadion, Zollstock und Ossendorf bieten will. Ob diese Rechnung aufgeht, darf bezweifelt werden, so gibt es z. B. für Seniorengruppen keinen Platz im Zollstockbad, wie Antoinette Scheich anmerkt, die Sprecherin des Bürger-Netzwerks Köln-West.

Die Gründe, aus denen Verwaltung, Ratsparteien und Bäder GmbH die Bäder in Nippes und Weiden nicht parallel zu den neuen betreiben wollen, sind die üblichen:

weiter Seite 2

Bürgerbefragung Godorfer Hafen:

Die Spaltung der Stadtgesellschaft überwinden!

14,8 % der stimmberechtigten Kölnerinnen und Kölner, 130.400 Menschen haben sich an der ersten Kölner Bürgerbefragung beteiligt. Das ist mehr, als die Bürgerinitiative für möglich hielt. Auch dass alle Kölnerinnen und Kölner abstimmen konnten, wurde in der Öffentlichkeit für gut gefunden. Schade ist nur, dass Oberbürgermeister Roters, aber auch andere Spitzenfunktionäre die Beteiligung runterreden. War es nicht die SPD, die den Vorschlag machte, eine Bürgerbefragung durchzuführen? Von der CDU ganz zu schweigen, die die ganze Zeit gegen die Bürgerbefragung stänkerte. Über die Wahlbeteiligung der 120.000 Kölner, die keine deutsche Staatsbürgerschaft haben, lässt sich zurzeit keine statistisch gesicherte Aussage treffen. Die Gegner des Ausbaus – die Bürgerinitiative, die Umweltverbände, Grüne, FDP und LINKE – haben mit 72.787 Stimmen gegenüber 57.307 Stimmen der Befürworter eine Mehrheit von 56 %. Das nötige Quorum von 87.901 Stimmen wurde aber verfehlt.

8,3 % der Wahlberechtigten hatten gegen den Ausbau gestimmt, 10 % wären nötig gewesen, um ihn zu stoppen.

Spaltung der Stadtgesellschaft

Auffällig ist, dass die Spaltung des Kölner Stadtrates in der Frage sich auch in dem Abstimmungsergebnis der Kölner widerspiegelt. Die Wahlbeteiligung und die Kontrastimmen waren im Kölner Süden gegen den Ausbau besonders hoch:

Rodenkirchen mit 25,8 % Wahlbeteiligung bei 16.106 (72,45 %) Neinstimmen und die Innenstadt mit 15,6 % bei 11.104 Neinstimmen (62,19 %)

Eine ebenfalls recht hohe Beteiligung bei einer deutlichen Mehrheit für den Ausbau findet sich dagegen im Kölner Norden. In Nippes stimmten 16,2 % ab bei 8.378 Ja-Stimmen (53,67 %). Die Spaltung der Stadtgesellschaft wird in den jeweiligen Mehrheiten deutlich.

Stadtbezirke, die mehrheitlich für den Ausbau gestimmt haben: Chorweiler →

Befragungsergebnisse und Teilnahmequote in den Partei-Hochburgen

	Hochburg					Köln
	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	DIE LINKE	
Befragungsbeteiligung						
Teilnehmer (absolut)	23.808	35.998	36.953	39.644	26.020	130.400
Teilnahmequote	9,9	18,5	16,3	19,6	10,3	14,8
gültige Antworten (absolut)	23.748	35.945	36.836	39.572	25.942	130.094
Befragungsergebnis						
"Ja"-Antworten (absolut)	12.332	17.280	13.418	15.045	10.930	57.307
in % an allen gültigen Antworten	51,9	48,1	36,4	38,0	42,1	44,1
"Nein"-Antworten (absolut)	11.416	18.665	23.418	24.528	15.012	72.787
in % an allen gültigen Antworten	48,1	51,9	63,6	62,0	57,9	55,9

Insgesamt gibt es in Köln 215 Stimmbezirke. Als „Parteihochburgen“ gelten die 54 Stimmbezirke, in denen eine Partei ihre besten Wahlergebnisse hat.

Fortsetzung von Seite 1: Godorfer Hafen

64,23 %, Nippes 53,67 %, Mülheim 51,3 %, Kalk 50,64 %. Stadtbezirke, die mehrheitlich gegen den Hafen gestimmt haben: Rodenkirchen 72,45 %, Innenstadt 62,19 %, Ehrenfeld 59,01 %, Lindenthal 54,51 %, Porz 53,94 %.

Eine Konfliktlösung suchen

Der Rat der Stadt Köln sollte nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der Hafenausbauliegt sowieso auf Eis und ist weder in einer hohen Planungsstufe noch in der konkreten Umsetzung.

Gleichzeitig hat der Rat der Stadt Köln die Erstellung des Logistikkonzeptes beschlossen. Dieser Diskussion sollten sich die Hafenausbaubefürworter stellen und den Ratsbeschluss tatsächlich einhalten. Deshalb fordert DIE LINKE SPD und CDU auf, von einem Aufstellungsbeschluss zum gegenwärtigen Zeitpunkt abzusehen und eine breite Debatte über ein Logistikkonzept zu führen.

Politik muss handeln

Die Einwohnerinnen und Einwohner haben durch die Abstimmung folgenden Ratsbeschluss bewirkt: „Wird in der Befragung kein Quorum erreicht, gilt in der Gesamtheit der Zustand vor dem Ratsbeschluss zu Befragung.“ Das ist kein Ja und kein Nein, aber legitimiert die Hafenausbauer, ihren Kurs fortzusetzen. Das geht aber nur, wenn sie ein neues Planfeststellungsverfahren einleiten und einen Aufstellungsbeschluss im Rat durchsetzen. Dass CDU und SPD dafür eine Mehrheit haben, ist gewiss, aber ob dann die rot-grüne Koalition weiter besteht, ist nicht gewiss.

Nicht beirren lassen

Die Ratsfraktion der LINKEN wird sich dafür einsetzen, dass jetzt eine ausführliche Debatte über das Logistikkonzept geführt wird. Lehnen SPD und CDU das ab, wird die LINKE einen Aufstellungsbeschluss zum Ausbau des Godorfer Hafens ablehnen, weil es die Stadtgesellschaft weiter spaltet und Lösungswege verbaut. Gleichzeitig werden wir an unserem Konzept des Erhalts aller vier Häfen in Köln festhalten und einen Ausbau bekämpfen, der auf Kosten anderer Kölner Häfen geht.

Jörg Detjen, Torsten Löser



v.l. Arif Ünal, (MdL, Grüne), Sylvia Laufenberg (MdR, FDP), Gonca Mucuk (MdR, SPD), Sengül Senol, (MdR, Die LINKE) Malik Karaman (MdR, SPD)

Foto: Bora Zerger

Große Resonanz der Einwohnerbefragung in der türkischsprachigen Presse

Vertreter und Vertreterinnen der Ratsfraktionen SPD, Grüne, FDP und der LINKEN mit Migrationshintergrund veranstalteten im Juni ein Pressegespräch zur Einwohnerbefragung „Godorfer Hafen“. Für DIE LINKE nahm Ratsmitglied Sengül Senol teil.

Der Beschluss des Kölner Rates über die Teilnahme aller Kölner und Kölnerinnen an der Befragung in Köln fand großes Echo in den türki-

schsprachigen Medien. Die nationalen Medien in der Türkei berichteten über den Gebrauch des „einmaligen“ Rechts für Migranten und Migrantinnen in Köln.

Trotz des großen Presseechos in den türkischsprachigen Medien wurde die festgelegte 10-Prozent-Hürde nicht geknackt. Das ist sehr schade, weil es sich um die erste Bürgerbefragung dieser Art in Köln handelte.

Sengül Senol

Fortsetzung von Seite 1: Schwimmbäder

Es soll gespart werden und weniger Standorte geben. Mit der Schließung des Nippes Bades spart man laut Zielplan 3,85 Millionen Euro an Renovierungskosten, in Weiden beträgt die Einsparung 3,45 Millionen. Dagegen stehen das mit 25,3 Millionen Baukosten veranschlagte Bad „Lentpark“ und der Neubau des Hallenbades am Stadion in Müngersdorf mit 19 Millionen.

Das Problem dieser modernen Vorzeigebäder ist aber, dass sie bestimmte Voraussetzungen, die ein Schwimmbad haben sollte, nicht erfüllen. Sie bieten zwar eine Menge Spaß durch das reichhaltige Extraangebot wie z. B. eine Sauna, aber im Stadionbad gibt es kein Tiefbecken und keinen Sprungturm und das Bad an der Lentstraße erfüllt nicht die Kriterien zur Rettungsschwimmerausbildung. Bis November wird weiter in Nippes ausgebildet, wo die Wassertiefe 3,80 Meter beträgt und ein 3-Meter-Sprungbrett zur Verfügung steht.

Die Qualität der Bäderlandschaft steigt also nicht, wie von der Verwaltung behauptet, sondern es wird in Köln zunehmend schwer, Schwimmer auszubilden und Schwimmen als Sport zu betreiben.

Der Lentpark ist montags und dienstags für die Öffentlichkeit komplett gesperrt, mittwochs bis freitags sind zwei bis drei Bahnen für den Schulsport belegt. Eine Überbuchung des neuen Schwimmbades scheint vorprogrammiert: Nippes hat nach der Schließung des Nippesbades kein eigenes Schwimmbad mehr. Da Nippes aber ein Stadtteil mit wachsendem Zugang junger Familien ist, kann man mit mehr Bedarf an Schwimmunterricht für Kinder rechnen. Auch gilt es zu bedenken, dass viele Ältere Schwimmen als Sportart wählen, weil es besonders schonend für die Gelenke ist. Zukünftig kann der wachsende Bedarf in Nippes wahrscheinlich nicht allein durch den Lentpark gedeckt werden. Nippes steht unter den Bädern in Köln auf dem dritten Platz, was die Nutzung für das Projekt „Sicher Schwimmen“ angeht, und auf dem ersten Platz bei der Vereinsnutzung. Schon jetzt entstehen Engpässe: So wird das Chorweilerbad für knapp drei Monate geschlossen und diese Ausfallzeiten können nicht kompensiert werden, weil entweder das Personal fehlt oder der Ausfall von öffentlichen Schwimmzeiten nicht ausgeglichen werden kann.

Köln ist wie die meisten Städte mit Schwimmflächen unterversorgt und auch hier gibt es einen direkten Zusammenhang mit der erschreckend hohen Zahl von Nichtschwimmern. Eine Umfrage der DLRG spricht von 45 Prozent Nicht-Schwimmern nach der Grundschulzeit: Wo keine Wasserflächen und kein Schwimmunterricht angeboten werden, können Kinder auch nicht schwimmen lernen. Besonders auffällig ist auch, dass eher Kinder aus sozial schlechter gestellten Familien und solche mit Migrationshintergrund nicht schwimmen können.

Zum Glück äußern sich mehrere Vereine, Schulen und Elternvertreter kritisch zu den Schließungsplänen der Stadt. Man soll die zusätzlichen Schwimmflächen als Chance begreifen, denn so stünden mehr Flächen für den Sportunterricht und Schwimmsport zur Verfügung.

Am Freitag, den 15. Juli wird es eine Demo und Kundgebung „Nippesbad für uns und unsere Kinder erhalten!“ geben. Treffpunkt am Nippesbad in der Friedrich-Karl-Straße um 16.30 Uhr. Je mehr, desto besser.

mk

DIE LINKE, Deine Freunde und das Bürgerbündnis bringen das Thema Fachhochschule in den Stadtrat

Zur aktuellen Ratssitzung bringen die Fraktion DIE LINKE und die beiden Vertreter von Deine Freunde und dem Bürgerbündnis einen Antrag in den Rat ein, der das Ziel hat, die FH auf der rechten Rheinseite zu belassen. Die Antragsteller möchten erreichen, dass es eine breite Debatte in der Stadtgesellschaft über die Neugestaltung der Fachhochschule gibt. Es darf keine Entscheidung aus Düsseldorf über die Köpfe der Kölnerinnen und Kölner geben. Deswegen soll die Verwaltung gemeinsam mit der Leitbildgruppe „Die attraktive Stadtgestaltung“, dem Präsidium der FH und eventuell mit den zuständigen Ministerien in Düsseldorf ein Konzept entwickeln, wie möglichst schnell eine breite Diskussion in der Kölner Stadtgesellschaft organisiert werden kann. Es darf keine vorschnelle Entscheidung aus Düsseldorf zu einem Umzug der FH von Deutz nach Bayenthal geben.

Um keine Chance für den FH Standort zu vergeben, muss die Stadt Köln dem Land Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft des heutigen Standortes anbieten. Zusätzliche Flächen können die Sanierung der FH deutlich beschleunigen: Es werden Kapazitäten geschaffen um die Sanierung im Bestand für Studis, Lehrkräfte und Mitarbeiter/Innen verträglich zu gestalten. In Frage kommende Flächen haben die Stadt und der Stadtwerkekonzern in Besitz.

Zum Hintergrund:

Bis vor einigen Wochen waren sich SPD, CDU, Grüne und FDP einig: Das Ingenieurwissenschaftliche Zentrum (IWZ) soll von Deutz in die Südstadt ziehen. Mittlerweile mehren sich die Stimmen für einen Verbleib auf der rechten Rheinseite. Die FH in Deutz, an der etwa 8.000 Studierende lernen, ist baulich in einem maroden Zu-

stand und den Anforderungen an eine moderne technische Hochschule nicht gewachsen. Eine Generalsanierung oder ein Neubau sind unausweichlich.

Das Land NRW hat in einem umstrittenen Deal ein Gelände in der Südstadt gekauft, um dort die neue FH bauen zu lassen. 88 Millionen Euro wurden an die Im-



mobilien-Entwicklungsfirma des Adenauer-Enkels für das Gelände der ehemaligen Dombrauerei überwiesen – ein Deal, der inzwischen von einem Ausschuss des Landtages untersucht wird. In der April-Ausgabe des Platzjabbeck gibt es einen ausführlichen Hintergrundartikel über dieses Geschäft.

Für einen Umzug auf die linke Rheinseite gab und gibt es keine guten Argumen-

te. Zwar wurde immer wieder behauptet, es käme zu Synergien, da die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche der Fachhochschule auch in der Südstadt ansässig sind, Experten der FH sehen diese Effekte jedoch nicht. Viele Gründe sprechen für den Standort auf der rechten Rheinseite:

Deutz war und ist ein technisch wissenschaftlicher Standort.

Aus Sicht der Stadtentwicklungspolitik ist die Sachlage eindeutig: Auf der Schäl Sick ist in den vergangenen Jahren viel Industrie weggefallen. Die Arbeitslosigkeit und die Armut sind rechts des Rheines viel höher. Die Stadt selbst hat in den letzten Jahren immer für einen modernen Teil der Stadt auf der rechten Rheinseite gewonnen. Die FH, insbesondere das IWZ, verkörpert Modernität. In Deutz und Kalk steckt das Potenzial für lebendige Studentenviertel.

In unmittelbarer Nachbarschaft des IWZ befindet sich ein großes Berufskolleg, hier machen tausende junge Leute hochqualifizierte Ausbildungen im technischen Bereich. Eine enge Verzahnung zwischen diesen beiden Bereichen ist sehr gut möglich und würde einen Beitrag zur Durchlässigkeit im Bildungsbereich leisten. Lehrlinge und Schüler aus den Betrieben könnten Studis werden. Eine technische Bildungslandschaft würde entstehen.

Derzeit ist das IWZ ebenso wenig in die Stadtteile integriert wie das Berufskolleg. Eine Generalsanierung mit Neubauten auf der rechten Rheinseite muss diese Insellage überwinden. Ziel muss es sein, dass die Hochschule künftig zum Alltag in Deutz und Kalk gehört. Das studentische Leben muss in den Vierteln stattfinden, in welchen die Hochschule steht. Hier ist eine kluge Stadtentwicklungspolitik gefragt.

Michael Weisenstein

Köln bekommt ein neues Stadtarchiv

Gut zwei Jahre nach dem Einsturz des historischen Archivs an der Severinstraße hat sich die Stadt für ein neues Archiv an der Luxemburger Straße entschieden. Für knapp 90 Millionen Euro soll an der Ecke Luxemburger Straße/Eifelwall das neue Gedächtnis der Stadt Köln entstehen. In dem Gebäudekomplex werden auch das rheinische Bildarchiv und die Kunst- und Museumsbibliothek untergebracht.

Die Jury hat sich für einen Entwurf des Büros Waechter und Waechter aus Darmstadt entschieden. Die Auswahl aus vielen sehr guten Entwürfen ist überregional positiv bewertet worden. Der Entwurf sieht eine Mantelbebauung um den bunkerartigen Bau mit den Archivalien vor. Dadurch ist es möglich die Lese- und Besuchersäle sowie Werkstätten lichtdurchflutet zu gestalten.

Die Fassade wird bronzefarbig gestaltet. Das Gebäude erfüllt den Standard eines Passivhauses. Durch die weitgehende Trennung der beiden Gebäudeteile wird ein Höchstmaß an Sicherheit für die Archivalien verwirklicht. Sie werden im innenliegenden Gebäudeteil, in einem klimatisierten und ohne den Einfluss von Tageslicht, gelagert.

Kritisch zu hinterfragen ist die Idee, diesen tonnenschweren Bunker mit einer Tiefgarage zu unterbauen. Die Statik dürfte sich sehr schwierig gestalten. Ob eine Tiefgarage nötig ist, scheint fraglich – schließlich hält die Linie 18 direkt vor der Tür des neuen Gebäudes.

Die sehr gute Verkehrserschließung des Gebietes mit der Stadtbahn und der Luxemburger Straße bietet einerseits die

Chance, dass das Archiv viele Besucher anlocken wird. Schließlich soll das Archiv ein Archiv für die Bürgerinnen und Bürger werden.

Stadtbahn und Straße riegeln das Gelände aber auch von der Umgebung ab. Städtebaulich müssen hier kluge Lösungen gefunden werden, um das Gebäude in den Stadtraum zu integrieren. Wünschenswert wäre die Einbindung des Geländes in den Grüngürtel. Die Fortführung des Grüngürtels von der Uni kommend über das Gelände des neuen Archives bis zum Volksgarten ist ein städtebauliches Ziel, das verfolgt werden muss. Der bereits vorhandene Masterplan der Universität muss mit den neuen Entwicklungen auf dem Gelände Luxemburger Straße/Eifelwall abgestimmt werden.

Michael Weisenstein

Aus den Bezirksvertretungen

■ Ehrenfeld

Moderation für Bürgerbeteiligung Heliosgelände vergeben

Das hat sich die Bezirksvertretung Ehrenfeld nicht leicht gemacht. Über dreieinhalb Stunden hat sie sich mit den Angeboten und Vorstellungen von drei Stadtplanungs- und Moderationsfirmen für eine vorgezogene Bürgerbeteiligung zum Heliosgelände befasst. Auch die Bürgerinitiative Heliosgelände war mit zahlreichen Personen anwesend. Danach berieten die Fraktionen, die Konzeptgruppe und die Bürgerinitiative.

Es gab zahlreiche Gespräche, Abstimmungen, Für und Wider. Schlussendlich entschied man sich für das Büro Dewey Muller (Köln/Luxembourg), das in Köln bereits die Moderation zur Planung des Rochusplatzes moderiert. Das Büro hat zahlreiche Zukunftswerkstätten durchgeführt.

Zu Beginn des Verfahrens werden die Moderatoren Gespräche mit den beteiligten Interessengruppen führen und in der zweiten Phase die Bildung einer Lenkungsgruppe beschließen, in der die zahlreichen Akteure vertreten sein sollen. Die dritte Phase wird mit einer Auftaktveranstaltung starten. Die bisherige Planung zieht dann die Einrichtung von drei Werkstätten vor. Wann es genau losgeht, steht aber noch nicht fest.

Jörg Detjen

■ Kalk

Kein Parkverbot für Hunde

Robert Jäger, Spielplatz- und Parkpate des Kalker Stadtgartens, hatte im Namen des Vereins Kalker Stadtgarten e.V. einen Bürgerantrag an die BV 8 – Kalk gestellt, der ein generelles Hundeverbot vorsah. Zur Begründung erläuterte er in der Bezirksvertretung: „Viele Leute lassen ihre Hunde frei herumlaufen. Und immer wieder gibt es erhebliche Verschmutzungen durch Hundekot.“

Jäger warnte vor dem hierdurch gegebenen Infektionsrisiko: „Die Situation ist so nicht weiter tragbar. Da kommen die Kinder mit dem Hundekot in Berührung und können gesundheitliche Schäden davontragen.“

Da die Verwaltung in einer Stellungnahme auf die rechtliche und ordnungspolitische Unmöglichkeit hinwies, flüchtete sich die Kalker SPD-Fraktion in eine neue Definition des Stadtgartens: Der Stadtgarten sei eher ein Spielplatz mit einer großen Wiese als ein Park.

Das längste Statement zur Problematik gab HP Fischer von der LINKEN ab. Zunächst versuchte er es mit Humor, als er zum Antragsteller meinte, dieser sei der ers-

te ihm bekannte Jäger, der keine Hunde wolle, argumentierte dann aber sachlich, dass man nicht alle Hundehalter über einen Kamm scheren dürfe und wegen ein paar Bekloppter alle bestrafen. Fischer kenne die Problematik, da er selbst einen kleinen Hund habe und bei Aktivitäten auf Hundefreilaufflächen wahrscheinlich öfter in Hundehaufen trete als Kinder auf Spielplätzen. Er wies eindrücklich auf ein weit verbreitetes Missverständnis hin: „Hundefreilaufflächen sind keine Hundefreikackflächen!“ Fischer regte an, wie beispielsweise in Frankreich üblich, Hinweistafeln anzubringen, um Leinenpflicht und Kackverbot



wieder ins Gedächtnis zu bringen. Die CDU-Anregung, anstelle des Autonomen Zentrums eine Hundefreilauffläche einzurichten, nahm er kopfschüttelnd zur Kenntnis. Für das Hundeverbot stimmten letztlich nur die SPD-Fraktion sowie der grüne Einzelmandatsträger Timon Delawari.

HP Fischer

Aus den Ausschüssen

■ Schule

Köln braucht mehr Gesamtschulen

600 Anmeldungen konnten wegen mangelnder Plätze auch in diesem Jahr nicht berücksichtigt werden.

In der kommenden Ratssitzung am 14. Juli steht ein Antrag der CDU auf der Tagesordnung. Die CDU schlägt vor, Standorte für den Neubau von Gymnasien zu benennen. Von Gesamtschulen ist keine Rede.

Wie der Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplan feststellt, versuchen seit langem jedes Jahr zwischen 600 und 900 Eltern vergeblich in Köln einen Gesamtschulplatz für ihre Kinder zu bekommen. Auch die Einrichtung der Gesamtschule in Nippes hat daran wenig geändert. Auch im kommenden Schuljahr werden über 500 Kinder gegen ihren Willen an Schulen des gegliederten Systems gehen.

Der Schulentwicklungsplan stellt fest: Die differenzierte Darstellung des Bedarfs in den einzelnen Bezirken zeige, dass es schulentwicklungsplanerisch sinnvoll wäre,

Gesamtschulen anzubieten. Entscheidet sich der Rat der Stadt Köln nun angesichts der Elternwünsche für einen intensiven Ausbau der Gymnasialplätze, entzieht man den gewünschten Gesamt- oder Gemeinschaftsschulen das Schülerklientel, das zur Sicherstellung der Leistungsheterogenität benötigt wird. Richtiger wäre deshalb, den Bedarf an Gesamtschulen zu decken.

Bevor ein weiterer Ausbau der Gymnasien geplant wird, muss also der Ausbau an Gesamtschulplätzen konkretisiert werden. In Köln gibt es laut Schulentwicklungsplan fünf Stadtteile mit besonders benachteiligten Kindern: Kalk, Mülheim, Chorweiler, Nippes und Ehrenfeld.

Dort leben die meisten armen Kinder, aber auch die meisten Migranten und dort gehen auch noch die meisten Schüler zur Hauptschule und die wenigsten zum Gymnasium. Der Schulentwicklungsplan weist leider nur für Kalk und Lindenthal Zahlen aus: In Lindenthal besuchen 79 % der Schüler, die in Lindenthal leben, ein Gymnasium, in Kalk sind es nur knapp 17 %.

In diesen Stadtteilen finden sich auch die höchsten Ablehnungszahlen von An-

meldungen zur Gesamtschulen, d. h. der Bedarf ist dort besonders hoch. Es bietet sich an, in den oben genannten Stadtteilen je eine weitere Gesamtschule einzurichten. Dort befinden sich auch größere Industriebrachen, wie z. B. das CFK Gelände in Kalk, wo Grundstücke für eine 4 bis 6-zügige Gesamtschule vorhanden sind.

Gesamtschulen sind Gemeinschaftsschulen vorzuziehen. Wir brauchen Schulen, die zum Abitur führen. Umgewandelte Haupt- oder Realschulen werden in einer Großstadt von den Eltern nicht als gleichwertig zur Gesamtschule angesehen, weil sie keine Oberstufe haben. Die Gefahr besteht, dass dort wieder das gleiche Milieu entsteht wie an den Hauptschulen.

Die Bevölkerungszusammensetzung in Köln zeigt deutlich: 2009 haben bereits 47,8 % der Kinder und Jugendlichen von 6 bis 18 Jahren einen Migrationshintergrund. In der Altersgruppe 0 bis 6 sind es 51,5 %. Die Integration dieser Kinder und Jugendlichen in die Stadtgesellschaft durch gleichwertige Bildung in Schulen mit Abitur ist eine Herausforderung, aber auch eine dringende Notwendigkeit. Gesamtschulen fördern diese Integration am besten, wie die Abiturnumzahlen der letzten Jahre zeigen.

Sengül Senol

Kein Ersatz mehr für kaputte Spielgeräte auf Schulhöfen und Spielplätzen!

Diese Antwort der Verwaltung gibt Grund zur Empörung: Auf eine Anfrage der LINKEN im Jugendhilfeausschuss teilte die Verwaltung mit, dass die Stadt marode Spielgeräte auf Schulhöfen nur noch abbaut und nicht durch neue Geräte ersetzt.

Spielgeräte auf Schulhöfen müssen aber eine Selbstverständlichkeit sein. Kinder müssen sich bewegen können, sie müssen Gelegenheit und Anregung zum Spielen haben. Dies zu gewährleisten, ist eine Aufgabe, der sich die Stadt nicht entziehen darf.

Einen Ersatz von Spielgeräten gibt es nur noch dann, wenn sie privat finanziert werden, zum Beispiel von Fördervereinen und Sponsoren.

Damit besteht die Gefahr, dass gerade in sozial schwächeren Wohngebieten Spielgeräte nicht ersetzt werden. Die finanziellen Mittel der Eltern sind dort begrenzt und ermöglichen keine private Finanzierung von Spielgeräten.

Inzwischen wird deutlich, dass nicht nur bei Spielgeräten auf Schulhöfen gekürzt wird. Auch auf öffentlichen Spielplätzen finanziert die Stadt keinen Ersatz von Spielgeräten mehr. Auch hier entstehen durch die Untätigkeit der Stadt Lücken, die durch den Einsatz von privaten Sponsoren nicht wirklich gefüllt werden können.

Wie ein Artikel im Kölner Stadtanzeiger zeigte, spart die Stadt sogar so weit am Personal, dass sie nicht einmal Spendengelder, die ihr für Spielplätze übergeben werden, auch nur einigermaßen zeitnah einsetzen kann.

Der Stadtgesellschaft scheinen hier die Maßstäbe verrutscht zu sein! Es sollen Millionenbeträge für den Rheinboulevard, die Flora oder auch den Ausbau des Godorfer Hafens ausgegeben werden und diese Projekte werden immer teurer. Gleichzeitig wird an Grundbedürfnissen gespart, wie hier an Kinderspielplätzen.

Die LINKE hat sich bei großen Bauprojekten stets für eine günstige Variante ausgesprochen. Die Gelder sollten stattdessen für Belange aus den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur eingesetzt werden. Im Falle des Rheinboulevards setzen wir uns für einen Verzicht auf die Treppe und damit für Einsparungen von 14 Millionen Euro ein.

Das Thema der Spielgeräte auf Schulhöfen und auf Spielplätzen werden wir weiterhin auf der Tagesordnung halten. Es gilt herauszufinden, seit wann die Stadt sich bereits aus der Finanzierung herausgezogen hat und wie weit sich seitdem die Schere zwischen den Veedeln geöffnet hat.

Gisela Stahlhofen

Fest auf der Baustelle – Erinnerung an das Kinderheim in Sülz

Am 26. Juni wurde von der Leitung der Kölner Kinderheime, Frau Selter und dem Dezernenten für Stadtentwicklung, Herrn Streitberger zu einem Fest auf der Baustelle geladen. Der größte Teil des Geländes wurde an Baugruppen vermarktet. Die ersten Wohneinheiten sollen bald bezugsfertig sein.

Als 2009 mit den Bauarbeiten begonnen wurde, endete eine fast hundertjährige Geschichte des Kinderheims an diesem Ort – ein Anlass, um an die Leiden der Heimkinder zu erinnern. Der Direktor des Kinderheims während der NS-Zeit, Tillmann, war ein führender Kopf im Euthanasie-Programm der Nazis, was für sich genommen schon ein Hinweis ist, welcher Geist im deutschen Heimsystem herrschte. Damit war leider in der frühen Bundesrepublik keineswegs Schluss. So äußerte sich Ende der 60er Jahre eine Nonne gegenüber der Presse, dass die Heimkinder sowieso alle Verbrecher würden. Das Personal der Heime arbeitete eifrig daran, daraus eine sich selbst erfüllende Prophezeiung zu machen. Auf der Forenseite der Heimkinder im Internet kann man nachlesen wie es dort zugeht. So regierte in der Gruppe Wiesemann die Birkenstock-Klatsche, mit der den Kindern Zucht und Ordnung beigebracht werden sollte. Im Ursula-Haus soll der Handfeger im Einsatz gewesen sein. Das waren nur die körperlich fühlbaren Maßnahmen. Der Methoden zur Demütigung und Erniedrigung der Kinder gab es viele.

Die Startseite von www.kinderheim-koeln-suelz.de zeigt eine Luftaufnahme des Areals untertitelt mit: „Ehemalige Heimkinder brauchen Erinnerung“. Dem kann man

sich nur anschließen. Das Aufnahmegebäude am Sülzgürtel steht unter Denkmalschutz und ist noch nicht verkauft, ebenso die Kirche. Ein würdiger Platz für eine Mahnung an die schwarze Pädagogik und deren Opfer.

Bernd Weber

Staatenhaus nicht in private Hand

In den letzten Wochen gab es zahlreiche Diskussionen über die 30-jährige Verpachtung des Staatenhauses (frühere Messehallen 6 bis 8) an den privaten Musicalbetreiber des Blauen Zelt. Wir berichteten darüber in der letzten Ausgabe. Aber auch die Medien werfen inzwischen die Frage auf, wie es komme, dass die Stadt das Blaue Zelt vom Musicalbetreiber miete und dieser dann im Gegenzug für kleines Geld das repräsentative Staatenhaus für einen Zeitraum von 30 Jahren mieten kann.

Die LINKE hat in einer Anfrage auch in Bezug auf problematische Rückforderungen der Stadt an die Messe nachgehakt. Die Messe hat in 2007, als das Staatenhaus an die Stadt übertragen wurde, nach Schätzung unserer Fraktion ca. 6 Millionen Euro an Entschädigung zu viel erhalten. Dieser Betrag muss wieder zurückgezahlt werden.

Die LINKE wird der Verwaltungsvorlage auf keinen Fall zustimmen. Wir sind der Meinung, dass ein solches städtisches Objekt für allgemeine Zwecke, zum Beispiel die örtliche Kreativwirtschaft genutzt werden kann. Mit einem Vertrag über drei Jahrzehnte würde ein wunderschönes, städtisches Gebäude faktisch privatisiert. Die Stadt kann dieses Gebäude über eine sehr lange Zeit nicht mehr nutzen. Das Musical gehört auf das Gelände der MesseCity, wo es bereits auch eingeplant war.

Jörg Detjen

Multidisziplinäres Netzwerkprojekt Through the Looking Glas in Ehrenfeld

Das Design Quartier Ehrenfeld (DQE) präsentiert zurzeit das multidisziplinäre Netzwerkprojekt von in Köln, Istanbul und Schanghai lebenden Künstler und Künstlerinnen. Auf eine abenteuerliche Reise durch spielerisch miteinander verknüpfte Orte und Nachbarschaften in Istanbul, Köln und Schanghai mit ihren Quartieren Jing'an Villa, Si-shane und Ehrenfeld nimmt uns auch das Projekt „Through the Looking Glas“ mit und versetzt uns simultan in ganz alltägliches Leben und zugleich „wunderbare“ Orte und Situationen rund um den Globus. Für die Ratsfraktion DIE LINKE nahm Ratsmitglied Sengül Senol an der Eröffnung des Projektes teil.

V.l.: Ratsmitglied Sengül Senol, Künstlerin Ashl Emine Ingin (Made in Sishane), Sabine Voggenreiter (Design Quartier Ehrenfeld), Foto: Christine Drabe



Demonstration für menschenwürdige Pflege

1000 Beschäftigte aus dem Pflegedienst demonstrierten für bessere Arbeitsbedingungen. Sie zogen vom Ottoplatz über die Deutzer Brücke zum Neumarkt. Der Pflegestand ist schon lange bekannt, aber von Arbeitgeberseite ist keine Besserung in Sicht. Der Dienst an den ihnen anvertrauten Menschen wird betriebswirtschaftlichen Vorstellungen untergeordnet.

Beschäftigte und Auszubildende berichteten bei der Abschlusskundgebung auf dem Neumarkt von den immer schwieriger werden Arbeitsbedingungen. Nachtdienste müssen häufig mit unterbesetzten Teams aufrecht erhalten werden. KollegInnen, die durch den Arbeitsdruck erkranken, können nicht vertreten werden. Deshalb war eine der Forderungen „mehr Personal in Gesundheitseinrichtungen“.

Die Veranstalter hatten alle demokratischen Parteien eingeladen, damit ihr Protest auch von der Politik aufgenommen



wird. Dieser Einladung folgten nur Mandatsträger der Partei DIE LINKE: der Bundestagsabgeordnete Matthias W. Birkwald, der Abgeordnete im nordrhein-westfäli-

schen Landtag Wolfgang Zimmermann und die Kölner Fraktionssprecherin der LINKEN Gisela Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen

Winterdienst optimieren, Finanzierung aus dem Haushalt

Wieder ist es warm und die Menschen schlendern leicht bekleidet durch Kölns Straßen und schlecken Eis. So war es am 3. Mai, als Gisela Stahlhofen und HP Fischer am Fach-Symposium „Winterdienst“ teilnahmen und so ist es am 14. Juli, wenn DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln über die Finanzierung des Winterdienstes mitentscheidet.

Bereits im Februar 2009 hatte DIE LINKE Fraktion im Rat der Stadt Köln einen Antrag in den Rat eingebracht, der die Verwaltung aufforderte, die Problemlage Winterdienst an Haltestellen und Fahrgastunterständen zu lösen und eine Finanzierung aus dem laufenden Haushalt zu prüfen. In der Ratssitzung am 14. Juli legt die Verwaltung nun endlich eine Beschlussvorlage vor, die 3.135.000 Euro für den Winterdienst aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Die höheren Kosten im Winterdienst stehen auch in direktem Zusammenhang mit der Verbesserung des Winterdienstes an Haltestellen und Fahrgastunterständen.

Seitdem der LINKE Antrag vom Rat einstimmig in den Fachausschuss verwiesen wurde, sind nun bereits zwei weitere Winter mit Schneechaos auf Straßen und vor allem Bürgersteigen und an Haltestellen vergangen. Wir begrüßen, dass wir jetzt im Sommer, also zur „schönen Eiszeit“ diesen Beschluss bekommen und dass die Idee der Winterdienstgebühr vom Tisch scheint.

Es kommt nur eine Finanzierung aus allgemeinen Haushaltsmitteln infrage. Eine Finanzierung über Straßenreinigungsgebühren scheidet aus, da die Kosten des Win-

terdienstes nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts Münster nur unter engen, in Köln nicht erfüllten Voraussetzungen in die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren eingestellt werden dürfen.

Eine besondere, ausschließlich von den Anliegern der Bushaltestellen erhobene Winterdienstgebühr wäre unter dem Gesichtspunkt des Gleichheitssatzes sowie des Übermaßverbotes nicht nur ungerecht, sondern auch rechtlich unzulässig.

Aber die Erhöhung der Kosten hat auch einen anderen Hintergrund. Die Salzindustrie strebt an, die für sie kostenintensive Lagerung von Salzen zu Lasten ihrer

Kunden aufzugeben. So wird ja auch bereits über nationale Notreserven und ähnliches diskutiert und auch die Kölner AWB kündigten an, zusätzliche Salzlager zu errichten und die Lagermenge ungefähr zu verdreifachen.

Angemerkt werden sollte, dass Salz allein nicht die Lösung des Problems sein kann und darf, denn das im Tauwasser gelöste Salz bleibt, wenn es in die Kanalisation gelangt, trotz Kläranlage im Wasser. Von Versalzungen der Grünflächen und Salzschäden an Bäumen, Gebäuden und Fahrzeugen ganz zu schweigen.

HP Fischer

Seniorenvertreterwahl 2011

Unter dem Motto „Mitreden – mitgestalten – mitentscheiden“ ruft die Seniorenvertretung der Stadt alle Kölnerinnen und Kölner über 60 auf, am 21. November ihre Seniorenvertretung zu wählen. Worum geht es?

Jeder vierte Kölner Bürger ist über 60 Jahre alt – und somit berechtigt, an der Wahl der Seniorenvertretung teilzunehmen. Während in den meisten anderen Städten Seniorenvertreter von der Verwaltung ernannt werden, haben Kölnerinnen und Kölner die Chance, selbst zu bestimmen, wer in den nächsten fünf Jahren ihre Interessen vertreten soll. Die Seniorenvertretungen in den Stadtbezirken – jeweils fünf bis sechs Personen – und auf Stadtebene haben Vorschlags- und Mitspracherecht in allen Bereichen, die für ältere Menschen wichtig sind. Es geht um bezahlbaren Wohnraum, kurze Wege und vielfältige Angebote beim Einkaufen, um Barrierefreiheit in Verkehrsmitteln und öffentlichen Einrichtungen. Es geht aber auch um die Möglichkeit der Teilhabe am kulturellen Leben im Veedel und in der Stadt. Das bedeutet, dass Seniorenvertreterinnen und -vertreter gebraucht werden, die ein offenes Ohr und gute Ideen für die Menschen haben, die nicht zu den von Geschäftemachern aller Branchen umworbenen „reichen Alten“ gehören.

Für ein lebenswertes und würdiges „Altsein“ in Köln heißt das: Kandidieren und für die Wahl am 27.11. werben. Kandidatenunterlagen können angefordert werden beim

Wahlamt der Stadt Köln, Athener Ring 5, 50765 Köln; Info-Telefon: 0221/221-21212; e-mail: wahlamt@stadt-koeln.de

Helga Humbach

Was heißt – was will i:mgik?

Die Sache ist von der Existenz des Gymnasiums aus zu denken: Die Tatsache, dass sich dieses bei einem beachtlichen Elternanteil nach wie vor größter Beliebtheit erfreut, ist keineswegs als Beleg für die gesellschaftliche Sinnhaftigkeit dieser Schulform zu werten. Denn in ihr bündeln sich fundamentale Missstände, die zu großen Teilen die soziale Realität in Deutschland belastend prägen: Elite- und Hierarchieorientiertheit, ständisches und imperiales Denken, Konkurrenz- und Karrierestreben, Solidaritätsferne und und und ... Die Aufzählung ließe sich lange fortsetzen.

Der größte Teil der gymnasial orientierten Eltern würde hier empört gegenhalten, dass dies alles nicht auf sie zuträfe und dass sie schließlich nur eine gute und sichere Zukunft für ihre Kinder wünschten. Gar nicht so gering ist hingegen der Anteil derer, die frank und frei erklären, ihr Kind benötige keine sozialen Kompetenzen, denn es solle schließlich „mal Chef werden“. Und der scheinbaren Harmlosigkeit der Motivation der erstgenannten Eltern steht gegenüber die schulpolitische Realität des Gegensatzes zwischen der elitärischen Orientierung der so genannten gehobenen Schichten für das Gymnasium und der Massenbeschulung der Restbevölkerung.

Dieser Gegensatz ist eine entscheidende Ursache der aktuellen wenig sozial geprägten Bewusstseinslage großer Bevölkerungsanteile, die bestens harmoniert mit den asozialen Phänomenen forciert vorangetriebener neoliberaler Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsentwicklung.

Hier soll keineswegs verkannt werden, dass es an Gymnasien zahlreiche Lehrkräfte und Schulleitungen gibt, die die Ideale demokratischer und humanistischer Bildung hochzuhalten versuchen. Gegen den Mainstream imperialer Denke, bürokratischer Starre und zentralisierten Leistungsdrucks aber haben sie kaum eine Chance. Die Folgen dieser Bildungsspaltung sind hohe Anteile so genannter Schulversager, und/oder nur gering qualifizierter, schließlich arbeitsloser und somit perspektivloser Jugendlicher.

Auf diese Weise stabilisiert das bestehende, durchgängig selektive Schulsystem massive gesellschaftliche Probleme und schreibt sie in die Zukunft fort.

Völlig anders sähe es aus, wenn es flächendeckend „eine Schule für alle“ gäbe, also ein bundesweit einheitliches, integriertes, inklusives und von humanistischdemokratischer Bildungsorientierung geprägtes Schulwesen von der Einschulung bis zu Be-

rufsausbildung und/oder Abitur. Dieses Ziel aber ist, obwohl viele Politiker_innen im rot-grünen Lager es durchaus öfters erwähnen, angesichts der realen bildungspolitischen Machtverhältnisse kurzfristig nicht zu realisieren. Wohl aber muss es möglich sein, die Gesamtschulen, die dem Ziel „eine Schule für alle“ am nächsten sind, zu stärken und auszuweiten – dabei aber durchaus auch noch zu verbessern.

Diese Stärkung und Verbesserung der Gesamtschulen verfolgt nun für Köln die „Initiative: Mehr Gesamtschulen in Köln“ – kurz i:mgik. Sie ist im Frühjahr 2011 entstanden aus dem Zusammengehen des Arbeitskreises Jugend und Schule der LINKEN mit dem Arbeitskreis Bildung & Erziehung von attac. Von Anfang an erfreute sich die Initiative großen Interesses. Die Treffen werden besucht von Vertreter_innen der GEW, der Stiftung Gesamtschule, Lehrer_innen, Eltern, der Falken und von engagierten Privatmenschen.

Das nächste Treffen, bei dem es unter anderem um potentielle Standorte für neue Gesamtschulen in Köln gehen wird, findet am 14. Juli um 20 Uhr in der Alten Feuerwache statt. Zur Teilnahme daran wird herzlich eingeladen!

Oswald Pannes

Rheinboulevard – Mit einer Treppe 13 Millionen Euro sparen!

In der Ratssitzung am 14.7. ist auch der Rheinboulevard wieder Thema. Zwischen der Hohenzollernbrücke und der Deutzer Brücke soll das Ufer neu gestaltet werden. Nach bisherigen Planungen soll dazu über die gesamte Länge eine Treppe zum Spazieren und Sitzen vom Ufer zum Rhein hinunterführen.

Eine solche Treppe ist allerdings, das war von Beginn an klar, deutlich teurer als die Erneuerung der bisherigen Lösung: Ein ebenerdiger Weg für Fußgänger und Radfahrer und zum Rhein hin eine Spundwand.

Die LINKE hat aus diesem Grund von Anfang an dafür plädiert, das Deutzer Rheinufer zu sanieren, ohne die zusätzliche Treppe zu bauen. Das Geld könnte sinnvoller dort eingesetzt werden, wo es seit den letzten Kürzungsrunden dringend fehlt: im sozialen Bereich, bei der Bildung, im Kulturbereich. – In dieser Ausgabe des Platzjabbeck stellt ein Artikel dar, dass die Stadt inzwischen auf Schulhöfen und Spielplätzen kaputte Spielgeräte nicht mehr erneuert, sondern nur noch abbaut, weil für neue Geräte kein Geld vorhanden sei.

Seitdem die Planungen aufgenommen worden sind, stiegen die Kosten für den Rheinboulevard in der Version mit Treppe

immer weiter an, zuletzt dadurch, dass für eine Treppe, die ja die gesamte Uferkante aufwühlen würde, erst nach Blindgängern aus dem Zweiten Weltkrieg gesucht werden müsste.

Die Schere zwischen einer Variante mit Treppe und einer Variante ohne Treppe öffnet sich dabei immer weiter. Inzwischen liegt die Variante mit Treppe bei 23 Millionen Euro, die Variante ohne Treppe bei 10,41 Millionen Euro. Verzichtet man auf die Treppe, so lassen sich also an die 13 Millionen Euro sparen! – Und das ist nur der jetzige Stand, die Geschichte der Kölner Großprojekte zeigt, dass weitere Kostensteigerungen zu erwarten sind.

Die Befürworter der Treppe im Kölner Rat behaupten, dass Fördermittel des Landes wegfallen könnten, würde man auf die Treppe verzichten. Die Verwaltung hat in ihrer Mitteilung aber deutlich gemacht, dass das keineswegs sicher sei. Ob die Fördermittel erhalten bleiben, hängt davon ab, dass die Stadt Verhandlungen mit dem Land aufnimmt und wie sie in diesen Verhandlungen auftritt.

Die immensen Kostensteigerungen beim Rheinboulevard lassen inzwischen of-



fenbar auch andere Ratsfraktionen innehalten. So wird über die Möglichkeit nachgedacht, die Treppe auf einer oder sogar auf beiden Seiten zu kürzen. Das wäre aber nur eine halbherzige Lösung. Der Einsparungseffekt wäre gering, da viele Arbeiten, wie zum Beispiel die Kampfmittelräumung in jedem Fall durchgeführt werden müssten. Sollte der Rat eine solche Einkürzung beschließen, wäre das Ziel nicht die Kosten wirklich zu reduzieren, sondern reine Symbolpolitik.

Der Arbeitskreis „Barrierefreies Köln“ weist zudem die Fraktionen in einem Offenen Brief darauf hin, dass eine gekürzte Treppe keinen Zugang für Gehbehinderte mehr bieten würde. Wenn aber für eine kleine Einsparung das neue Deutzer Rheinufer nicht behindertengerecht wäre, dann wäre dies ein völliges Fiasko der verantwortlichen Politik.

Sinnvoll ist allein, auf die Rheinufer-treppe zu verzichten und unverzüglich Verhandlungen mit dem Land über die Fördermittel aufzunehmen. wk

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de

V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Fest der Partnerstädte

Langsam scheint sich dieses Fest der Partnerstädte in Köln zu etablieren. Der Anfang im vergangenen Jahr war noch sehr vorsichtig und fand bewusst nicht in der Innenstadt, sondern in Kalk auf der Wiese neben dem Odysseum statt. Die Veranstaltungsorte sollen auch weiterhin wechseln.

In diesem Jahr war aber die Innenstadt angesagt, der Heumarkt. Zunächst schien alles sehr langsam anzulaufen, beim letzten Treffen der Vereine zur Vorbereitung waren nur zwei Vertreter der Partnerschaftsvereine anwesend. Dafür waren Verwaltung und Mitveranstalter gut vorbereitet und ausreichend vertreten. Das Datum ist bewusst gewählt: Das Fest ist sozusagen als Vorspiel zu den „Kölner Lichtern“ geplant. Man rechnet mit zahlreichen, vor allem jungen Menschen, die schon früh in die Stadt strömen.

Zunächst ist aber alles anders. Schon früh am Morgen regnet es. Die Zelte, die die Rheinenergie gestellt hat, sind klein und bieten nicht viel Schutz gegen Regen. Wie soll man diesen Tag überstehen?

Und dann bricht die Sonne durch. Um 13 Uhr beginnen die ersten Partnerschaftsvereine, ihre Stände herzurichten. Eine große Bühne ist aufgebaut. Aber anders als in Kalk vor einem Jahr sind die Partnerschaftsvereine diesmal nicht am Programm beteiligt, bei über 20 Vereinen hat sich das als schwer machbar erwiesen. Das Programm wird diesmal im Wesentlichen von der Hochschule für Musik und Tanz durchgeführt. Moderator auf der Bühne ist Tommy Millhome. Zu Beginn spielt die Cork School of Musik Jazz Big Band, die zufällig zu diesem Zeitpunkt in Köln weilt. Nach der Eröffnungsrede des Oberbürgermeisters heizt Professor Igor Epstein mit Klezmer und Jazz die Stimmung an. Anschließend treten zahlreiche Studentinnen und Studenten der Hochschule für Musik und Tanz in Gruppen oder auch einzeln mit musikalischen Beiträgen auf die Bühne. Das Programm ist ausgesprochen anspruchsvoll, und an dieser Stelle möchte ich den jungen Studenten und Studentinnen für ihre Dar-

bietungen auf hohem Niveau ganz herzlich danken.

Ganz anders geht es an den Ständen zu. Hier herrschte quirliges Leben, ein erfrischendes Durcheinander, Kommen und Gehen, Gespräche, Verkauf von herzhaften und süßen, aber auch praktischen Dingen, Angebote von Materialien der Vereine. Neben dem Stand des Bethlehemvereins steht eine Palästinenserin mit gestickter palästinensischer Tracht. Zur Information und Diskussion hatte der Verein ein Quiz vorbereitet, für dessen richtige Lösung es sogar Preise gibt. Der Partnerschaftsverein Köln Wolgograd versucht, die Interessierten für ein Puzzle zu gewinnen und lockt sie mit köstlichen, von einem russischen Koch zubereiteten Delikatessen. Im Ganzen sind es 18 Vereine, die ihre Arbeit darstellen. Irgendwann bahnt sich eine Gruppe junger drahtiger Mädels einen Weg durchs Gewühl. 40 Fußballerinnen, darunter 8 Fußballerinnen aus Ghana und 12 Fußballerinnen des Dar-



al-Kalima Clubs aus Bethlehem, unter ihnen sogar einige aus der palästinensischen Frauenfußball-Nationalmannschaft! Sie kommen aus Neuss und sind zurzeit dort Gast im Rahmen einer Sportbegegnung. Auch der Moderator entdeckt die Gruppe und interviewt eine palästinensische Spielerin.

Als die einzelnen Vereine gegen 19 Uhr ihre Stände abräumen, strömen die Menschen aus allen Richtungen herbei. Wer noch raus will, muss sich beeilen. Man zwinkert sich zu, während man die Autos voll packt. Bis zum nächsten Jahr – hoffentlich!

Michael Kellner

Termine... Termine... Termine...

Nach der Sommerpause geht es weiter mit:

Mo, 12.09., 17:00 Uhr
AK Umwelt
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Di, 13.09., 16:30 Uhr
AK StEA
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg

Do, 15.09., 18:00 Uhr
AK Hartz IV/Soziales, Sitzungsräume der Fraktion, Haus Neuerburg

Do, 15.09., 20:00 Uhr
AK Finanzen
Sitzungsräume der Fraktion,
Haus Neuerburg

Do, 29.09., 18:00 Uhr
AK Kunst/Kultur
Sitzungssaal der Fraktion,
Haus Neuerburg